Sozialdemokratie : oder was sonst?

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **54 (1975)**

Heft 1

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338977

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Dr. Richard Lienhard

Sozialdemokratie — oder was sonst?

> «Eine sozial-demokratische Politik will und kann nicht das persönliche Glück des Einzelnen garantieren, und es liegt nicht in ihrer Absicht und Kompetenz, Thesen über die Stellung des Menschen im Kosmos, über die Bedeutung von Raum und Zeit und den Sinn von Liebe und Tod zu formulieren. Sie geht lediglich davon aus, dass sich die Voraussetzungen für das geglückte Leben aller nicht von selbst einstellen, sondern durchdacht und geplant werden müssen.»
>
> *Gerhard Szczesny* in «Das sogenannte Gute»

Eigentlich wäre es an der Zeit, einmal ein «Sozialdemokratisches Manifest» zu verfassen; aber abgesehen davon, dass ein solches Unternehmen neben der hauptberuflichen Tätigkeit und Belastung schwerlich zu bewältigen wäre, könnte es kaum im Alleingang zum Erfolg geführt werden. Selbst wenn wir einen Eduard Bernstein hätte, bliebe noch immer die Frage: Würden unsere Parteigremien ein Manifest akzeptieren, das nicht durch die Mühlen einer Programmkommission des SPS gegangen wäre?

Daran vermag nichts zu ändern, dass uns aufgegeben ist, von Zeit zu Zeit das Gesellschaftsbild der Sozialdemokratie neu zu überdenken. Sozialismus und Sozialdemokratie – so gut wie die Demokratie – sind dynamische Begriffe: weil das Gesellschaftsbild einem ständigen Wandel unterworfen ist, verändert sich auch das Gesellschaftsbild des Sozialismus. Es war eine irrige Auffassung von Bernstein anzunehmen, dass sich der demokratische Sozialismus automatische mit dem Fortschritt der Industriegesellschaft verwirklichen werde. Der Glaube an einen solchen Automatismus hat längst Schiffbruch erlitten. So bleibt uns die Verpflichtung, stets aufs neue zu versuchen, Klarheit über die Position der Sozialdemokratie in der sich verändernden Welt zu gewinnen.

Im Dienste dieser Aufgabe steht unsere Zeitschrift. Jedermann ist eingeladen, sich an der von ihr angeregten Diskussion zu beteiligen.

Sozialismus und Sozialdemokratie

Sozialismus möchte ich definieren als den Inbegriff aller Hoffnungen auf eine Gesellschaftsordnung, in der jeder Mensch menschenwürdig leben kann. Die wichtigsten Formen des europäischen Sozialismus sind:

1. die Sozialdemokratie, vor allem in Mitteleuropa (heute besonders stark in der BRD und in Österreich), Skandinavien und England;
2. der *Kommunismus,* vor allem in Ost- und Südosteuropa, stark vertreten auch in Italien und Frankreich;
3. der *Linkskatholizismus,* wie er vor allem in der katholischen Soziallehre zum Ausdruck kommt. Hierzulande ist davon allerdings wenig zu spüren, zumal die katholische Soziallehre weitgehend Theorie geblieben ist.

Wenn wir uns zur Form der Sozialdemokratie bekennen, so deshalb, weil wir in ihr den günstigsten Boden für die Entwicklung sozialistischer Grundsätze sehen.

Was Sozialdemokratie heisst, wird im Parteiprogramm der SPÖ am zutreffendsten formuliert «Die Sozialdemokraten wollen eine Gesellschaftsordnung, also eine Ordnung der Lebensverhältnisse und der Beziehungen der Menschen zueinander, deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist.»

Kennzeichnend für ein solches sozialdemokratisches Leitbild ist somit zunächst das Bekenntnis zur Freiheit des Individuums. Die Vertreter des politischen Bürgertums pflegen uns entgegenzuhalten, dieses Bekenntnis stehe im Widerspruch zu dem SP-Programm, das mehr Gemeinwirtschaft und staatliche Wirtschaftslenkung fordere. Eine solche Argumentation geht völlig fehl. Sozialistische Gesellschaftsideen treten in der Tat für die Befreiung des Individuums von allen Beschränkungen und Bedrückungen der Umwelt ein. Gerade im Interesse dieser Befreiung ist es aber immer wieder nötig, kollektive Mittel anzuwenden. Ohne solche Mittel wäre es in unserer Massengesellschaft gar nicht möglich, dem einzelnen genügend Freiheit vor Not und Unterdrückung zu sichern. Wenn somit die Sozialdemokratie hier und dort eine Ausweitung des öffentlichen Sektors verlangt, so ist das nicht Selbstzweck, sondern dient letzlich nur dazu, auch den Nichtprivilegierten (Arbeitnehmern, Mietern usw.) mehr Sicherheit und damit mehr Freiheit zu verschaffen. Die alte sozialistische Forderung, dass die Gemeinschaft ihr Wirtschaftsschicksal selbst bestimmen müsse, ist heute aktueller denn je. Wie anders könnte sich sonst der einzelne vor den Auswirkungen einer profitorientierten Wirtschaft – man denke an die ganze Konzentrationsentwicklung – genügend schützen?

Daraus folgt, dass es die Aufgabe der Sozialdemokratie ist: nicht nur *freiheitliche,* sondern auch *soziale* Tendenzen in der Gesellschaft aufzuspüren und zu fördern.

Hier offenbart sich zudem die Alternative zum Kommunismus. Dieser führt zur Vergesellschaftung des Menschen. Die Sozialdemokratie aber will nicht den Menschen verstaatlichen, sondern den Staat vermenschlichen.

Evolution — oder was sonst?

In der Diskussion mit Vertretern von Jungsozialisten fällt immer wieder auf, dass bei manchen Unklarheit über den «Weg zum Sozialismus» besteht. Es sind nun mehr als 70 Jahre her, dass Eduard Bernstein sein berühmtestes Werk geschrieben hat: «Die Voraussetzung des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie». Mit einem wohltuenden geschichtlichen Abstand lässt sich heute die Frage stellen: Hat Bernstein recht behalten? Diese Frage kann mit Ja und Nein beantwortet werden.

Zweifellos hat Bernstein richtig erkannt, dass die Rolle der Sozialdemokratie inmitten einer veränderten Welt – zu deren Veränderung die Sozialdemokraten selbst wesentlich beigetragen haben – nicht die gleiche bleiben konnte wie zur Zeit, da Karl Marx und Friedrich Engels das «Kommunistische Manifest» veröffentlicht hatten. Bernstein war geschichtlich im Recht, wenn er die Forderung erhob, dass die Sozialdemokratische Partei sich als das bekennen sollte, was sie schon damals war: als demokratisch-sozialistische Reformpartei. Falsch war dagegen Bernsteins Hoffnung auf das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus. In diesem Punkt hat sich Karl Kautzkys Kritik an den Auffassungen Bernsteins als zutreffend erwiesen und wurde von der Geschichte bestätigt.

Wenn wir bereit sind, aus der Geschichte zu lernen, dann müssen wir erkennen: es gibt kein Dogma einer zwangsläufigen geschichtlichen Entwicklung. Jede grosse politische Bewegung in der Menschheitsgeschichte hat revolutionär begonnen. Aber auch jede revolutionäre Bewegung ist einmal in ihrer Entwicklung in eine revisionistische Phase eingetreten. Die gesellschaftliche Wirklichkeit macht die Revolutionäre von gestern zu Revisionisten von heute. Revisionismus ist daher nicht eine Entartung der revolutionären Bewegung, noch eine Art Sündenfall, sondern die Kehrseite der zunehmenden Erfüllung eigener gesellschaftlicher Programmpunkte. Dieser Gesetzmässigkeit musste einst die Sozialdemokratie folgen. Und heute sind die Kommunisten an der Reihe. Man denke nur an die Polemik der chinesischen Kommunisten, welche unentwegt und nicht zu Unrecht die Sowjetunion mit dem Vorwurf des «Revisionismus» belasten.

Es ist durchaus verständlich, wenn sich innerhalb der jungen Generation eine gewisse revolutionäre Ungeduld zeigt. Das war in frühern Zeiten nicht anders. Hinzuweisen ist jedoch auf den Widerspruch, sich einerseits zur radikalen Demokratie zu bekennen und anderseits mit der Schaffung vollendeter Tatsachen zu liebäugeln. Vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor der Prozess demokratischer Willensbildung abgeschlossen ist, höhlt die Demokratie aus. Vollendete Tatsachen und Demokratie schliessen sich somit aus.

Im weitern scheinen die Leute, welche bewusst oder unbewusst mit der Idee der Revolution liebäugeln, zu übersehen, dass Revolutionen nur stattfinden, wenn die geschichtlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Die Idee der Revolution allein genügt nicht.

Man sollte meinen, dass gerade Linksintellektuelle solche Zusammenhänge erkennen müssten. Wo das nicht der Fall ist, lässt sich fragen, ob nicht Szczesny recht hat, wenn er in seinem Werk «Das sogenannte Gute» ausführt:

«Es gibt den Revolutionär, der vor privaten Lebensproblemen in ein Kollektiv, in den Dienst einer Institution oder Idee flieht. Er ist damit den Schwierigkeiten eines Lebens mit einer Familie, den Anforderungen

eines Berufs und selbständiger alltäglicher Entscheidungen enthoben. Bei vielen Linken spielt dieses Motiv eine ausschlaggebende Rolle. Sie sind der Verantwortung für die eigene Person ledig und können dabei gar das Gefühl haben, Grossartigeres zu leisten als irgendein Durchschnittsbürger, da sie ja Sachverwalter des Zeitgeistes, Vollstrecker grosser geschichtlicher Wandlungen, Kämpfer für Frieden und Freiheit sind.»

Überzeugend hat sodann Szczesny in seinem Buch darauf hingewiesen, dass gerade Linksintellektuelle einen wesentlichen Beitrag zum evolutionären Funktionieren der Demokratie leisten könnten, wenn sie es nicht vorzögen, in den Radikalismus auszuwandern.

Die drei P

Wollen wir die Sozialdemokratie lebendig erhalten, dürfen wir vor einer – aufbauenden – innerparteilichen Kritik nicht zurückschrecken. Obwohl die Voraussetzungen für die Verwirklichung eines sozialdemokratischen Programms in Westeuropa an sich günstig wären, ist doch unverkennbar, dass der Genosse Trend nicht überall auf seiten der Sozialdemokratie steht. Dies gilt insbesondere auch für unser Land. Die Ursachen sind mannigfaltig und kamen zum Teil schon in unserm Blatt zur Sprache. Für heute möchte ich mich auf drei Gesichtspunkte beschränken, die *Günther Nenning* einmal unter dem Titel «Die drei P» in der Zeitschrift der SPÖ «Die Zukunft» zur Diskussion gestellt hat:

Nenning fordert als erstes P ein wirkliches *Programm*. Zur Begründung führt er – zusammenfassend – aus: Die Bemühungen um die Erneuerung eines Programms bedingen theoretische Diskussionen und damit ein geistiges Gespräch, das gleichzeitig der Erneuerung der Partei dient.

Diese Forderung hat auch für die SPS zu gelten. Leider kann nicht gesagt werden, unser Parteiprogramm aus dem Jahre 1959 sei ins Bewusstsein unserer Mitgliederschaft gedrungen. edenfalls ist dieses Programm der Erneuerung bedürftig. Was immer man gegenüber Kommissionen einwenden mag, die Schaffung *einer* Kommission wäre dringend: eine ständige Programmkommission.

Das zweite P heisst: wirkliche *Persönlichkeiten*. Es lässt sich nicht behaupten, die Sozialdemokratie in unserm Lande sei allzu reich an starken Persönlichkeiten. In Bundesrat Willi Ritschard sehe ich zum Beispiel eine Führungspersönlichkeit. Wenn man jedoch in einzelnen Kantonen herumsieht, muss man feststellen, dass unter sozialdemokratischen Magistraten das Mittelmass allzu stark vertreten ist. Vielleicht hängt dies damit zusammen, dass das Gleichheitsprinzip der Sozialdemokratie oft missverstanden wird, was zur Überwertung des Proporzdenkens führt. Das aber kann sich bei einer Persönlichkeitswahl nachteilig auswirken.

Bei der Auswahl der Kandidaten für öffentliche Ämter sollte man beachten: wer einen Apparat hinter sich hat, der hat noch nicht die

Öffentlichkeit hinter sich. Bittere Beispiele beweisen es. In unserer Partei besteht die Gefahr, dass dem Braven der Vorzug gegeben wird gegenüber der originellen, einen gesunden Nonkonformismus vertretenden Persönlichkeit.

Darum: mit dem Problem einer bessern Auslese von Kandidaten für öffentliche Ämter sollte sich unsere Partei ernsthaft befassen.

Drittes P: wirkliche *Propaganda.* Das ist kein Ersatz für Programm und Persönlichkeit. Unter Propaganda ist nicht zu verstehen: Anfertigung von Plakaten mit Gesichtern und Werbetexten. Diese Art von Propaganda ist nach Nenning eine «kostspielige Beleidigung des sozialistischen Idee». Ich meine Propaganda im Sinne einer Förderung des Meinungsbildungsprozesses in der Zeit zwischen den Wahlterminen. Der harte Kern solcher Propaganda war von jeher die sozialdemokratische Bildungsarbeit. Sie wurde hierzulande in letzter Zeit stark vernachlässigt. Gegenwärtig müssen sich sodann alle Anstrengungen auf die Erhaltung und den weitern Ausbau der sozialdemokratischen Presse konzentrieren. Ohne deren Information kann keine genügende Bewusstseinsbildung betrieben werden. Die SPS wird hier ihren Beitrag leisten müssen: durch radikale Einsparungen im Bereich der Parteibürokratie (Verzicht auf umfangreiche Broschüren und Geschäftsberichte, Streichung der Sitzungsgelder für unzählige Kommissionen, deren Arbeit nie die Öffentlichkeit erreicht, usw.). Kurzum: es drängt sich die Bildung einer ständigen Propagandakommission auf.

Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik

Ob man nun mit der einen oder andern Forderung unter dem Stichwort «drei P» einverstanden ist oder nicht, eines dürfte unbestritten sein: die Sozialdemokratie kann es sich nicht leisten, an irgendeiner Etappe der Geschichte stehen zu bleiben. Der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und den «bürgerlichen» Parteien (inklusiv Landesring) besteht wohl darin: die Sozialdemokratie will von ihren Grundideen in der sich wandelnden Gesellschaft jeweils ein Maximum realisieren und betrachtet die bestehende Gesellschaftsordnung nicht als endgültig. Es ist zwar richtig, dass sich auch «bürgerliche» Parteien – wenigstens verbal – häufig zu Werten bekennen, welche von der Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben wurden. Diese Parteien betrachten aber solche Werte nicht als relativ, zukunftsträchtig, entwicklungsfähig und ausbaubedürftig; deshalb gilt ja auch bei den konservativen Kräften das Wort Gesellschaftspolitik als suspekt.

Die Orientierung nach Leitbildern sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik übt aber auch dort, wo die Verwirklichung noch in der Ferne liegt, gesellschaftsverändernde Impulse aus. Keine andere politische Bewegung ist darin bis heute der Sozialdemokratie auch nur nahegekommen. Es wird in der Zukunft nicht anders sein.